



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

27. Sitzung (öffentlich)

14. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Aktuelle Viertelstunde

LIFE-Projekt Düsterdieker Niederung - Konsens oder Konfrontation?

Anfrage der CDU-Fraktion

1

An den Bericht der Ministerin Bärbel Höhn schließt sich eine
Aussprache an.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein- Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800 und 13/3150 (Erste Ergänzungsvorlage)

Vorlagen 13/1587, 13/1588 und 13/1694

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2002 bis 2006

5

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 13/2801

- Diskussion.

2 Existenz des nordrhein-westfälischen Obst- und Gemüseanbaus durch neues Pflanzenschutzrecht gefährdet

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2284

16

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz erklärt den Antrag Drucksache 13/2284 für erledigt. Der gemeinsame Antrag aller Fraktionen - siehe Anlage zu diesem Protokoll - wird einstimmig angenommen.

3 Vorbeugenden Hochwasser- und Katastrophenschutz in NRW stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2962

in Verbindung damit:

Hochwasserschutz erfordert effizienten Klimaschutz

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2964

17

Die Diskussion wird vertagt.

4 Auswirkungen von kupferhaltigen Pflanzenschutzmitteln im ökologischen Gemüse- und Kartoffelanbau

18

- Bericht der Ministerin Bärbel Höhn, Aussprache.

5 Das Kleingartenwesen in NRW braucht ZukunftAntrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2925

21

Die Fraktionen wollen versuchen, einen gemeinsamen Antrag zu erstellen.

6 Anmeldung zum 31. Rahmenplan nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Vorlage 13/1696

24

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz nimmt Vorlage 13/1696 zur Kenntnis.

7 Verschiedenes

25

Ministerin Bärbel Höhn gibt Informationen zum Thema Acrylamid in Lebensmitteln.

Abteilungsleiter Neiss (MUNLV) erwidert, das treffe zu. Inzwischen gebe es ausreichende Belege dafür, dass sich insbesondere der Fuchs, aber auch der Marder bis zum 80 % von dem jährlichen Jungaufwuchs als Beute nähmen. Man brauche eine strikte Fuchsbejagung. Der Fuchs sei nach der Erholung nach der Tollwut flächendeckend wieder vertreten. In den nicht nassen Bereichen, in denen die Wiesenbrüter zu Hause seien, sei er zu finden.

Der Prädationsdruck sei sehr hoch. In Norddeutschland gebe es bereits Gebiete, die fast ohne Bodenbrüter seien. Da müsse man eingreifen, denn es gebe keinen Selbstregulationsmechanismus mehr in einer vielfach genutzten Kulturlandschaft.

Eckhard Uhlenberg (CDU) legt dar, der CDU-Arbeitskreis sei vor Ort gewesen. Dieses Gebiet eigne sich sicher für Naturschutzmaßnahmen. Wenn man solche Gebiete in Nordrhein-Westfalen habe, sollte man sie auch nutzen.

Viele berechtigte Fragen der Landwirte, was ihre wirtschaftliche Perspektive angehe, seien noch nicht beantwortet gewesen. Die Sorge, dass das LIFE-Projekt ein Ende für die landwirtschaftlichen Betriebe bedeute, könne durch den vorgeschlagenen Weg ausgeräumt werden. Das Kölner Büro habe wohl schon mehrmals dazu beigetragen, einen solchen Prozess voranzubringen. So werde den landwirtschaftlichen Betrieben eine Perspektive gegeben und im Sinne des Naturschutzes agiert.

Die CDU-Fraktion wünsche der Landesregierung bei dem weiteren Weg in dieser Frage viel Erfolg. Durch den Einsatz des Verbandes seien die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe auch gewahrt.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800 und 13/3150 (Erste Ergänzungsvorlage)

Vorlagen 13/1587, 13/1588 und 13/1694

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

in Verbindung damit

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2002 bis 2006

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 13/2801

Nach Informationen von **Eckhard Uhlenberg (CDU)** fehlen dem Land 1,4 Milliarden €. Diese Summen seien in diesen Entwurf noch gar nicht eingearbeitet. Seit dem 22. September

würden jeden Tag neue Zahlen vom Bund und vom Land genannt, wie sich die finanzpolitische Wirklichkeit in Deutschland darstelle.

Er frage, inwieweit das Zahlenwerk, das der Landesregierung vorliege, überhaupt beratungsfähig sei, ob die Zahlen realistisch seien oder ob der Entwurf nur einen Trend darstelle und die Ministerin für den Entwurf des Haushaltsplanes keine Gewähr mehr abgeben könne.

Durch die Zahlen im November müsse man mit Veränderungen für den Haushalt 2003 rechnen, erwidert **Ministerin Bärbel Höhn**. Trotzdem gehe die Landesregierung davon aus, dass sie zügig dem Landtag zügig eine Vorlage zur Beratung geben werde, die so gestaltet sei, dass man nicht über 1.000 Einzelpositionen beraten müsse. Es werde sich um eine kompakte Darstellung handeln. Die Zahlen, die jetzt vorlägen, seien vom Trend her beratungsfähig.

Die Informationen über die neuen Haushaltszahlen würden rechtzeitig im November den Abgeordneten zugeleitet, damit sie auch in die laufenden Beratungen des Haushaltes eingespeist werden könnten.

Felix Becker (FDP) bittet darum, die Schwerpunktsetzung für die Ökolandbau zu beziffern. Gleichzeitig wüsste er gerne, in welcher Höhe Kürzungen für den konventionellen Landbau vorgenommen würden.

Ministerin Bärbel Höhn zeigt auf, gerade im konventionellen Bereich sei es zu erheblichen Steigerungen gekommen, da das Land auf die zweite Säule, die EU-Ebene, zurückgreife. Der ökologische Landbau bilde dabei nur einen kleinen Bereich. Entscheidend seien die Vertragsnaturschutzmaßnahmen, die Agrarumweltmaßnahmen und die regionalen Vermarktungsmaßnahmen, die sich überwiegend an den konventionellen Landbau und nicht an den ökologischen richteten.

Der ökologische Landbau sei auf ca. 37.000 ha gesteigert worden. Die Flächen, die sich in Agrarumweltmaßnahmen befänden, seien von 40.000 ha auf 230.000 ha gesteigert worden. Fast 200.000 ha kämen also durch die Agrarumweltmaßnahmen und durch Vertrag von Naturschutzmaßnahmen aus dem konventionellen Bereich hinzu. Die Steigerung im Ökolandbau liege in dergleichen Zeit bei vielleicht 15.000 ha. Daran sehe man, dass die Maßnahmen im Wesentlichen den konventionell arbeitenden Betrieben zugute kämen.

Die Gelder, die durch die AGENDA 2000 von der EU nach Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren geholt worden seien, lägen 30 % höher als die Mittel in dem Zeitraum von 1995 bis 1999. Der größte Teil fließe in den konventionellen Landbau. Damit habe die konventionelle Landwirtschaft erheblich mehr Mittel zur Verfügung als in der Vergangenheit.

Eckhard Uhlenberg (CDU) kommt auf die regionale Vermarktung zu sprechen. Die AGM habe große Probleme, weiter zu arbeiten. Er frage, inwieweit die regionale Vermarktung in Nordrhein-Westfalen eine Rolle spiele, welchen Stellenwert sie einnehme und ob man genau wisse, wie viel Prozent der Agrarprodukte über die regionale Vermarktung veräußert würden.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
27. Sitzung (öffentlich)

14.11.2002
sd-beh

Urban-Josef Jülich (CDU) betont, die Ausgleichszahlungen aus der AGENDA seien aufgrund der Preisreduzierungen erfolgt, sodass man das nicht als die große Wohltat für die Landwirtschaft darstellen sollte. Es gehe um den Vollzug politischer Beschlüsse. Gerade die konventionell arbeitenden Landwirte hätten Existenzprobleme.

Felix Becker (FDP) erkundigt sich, wo die in der Presse erwähnte Kampagne in Höhe von 5 Millionen € im Haushalt wiederzufinden sei.

Reiner Priggen (GRÜNE) meint, angesichts der Einsparungen in anderen Haushalten und mit Blick auf den Flächenankauf etwa für den Naturschutz komme die Landwirtschaft noch sehr gut davon. Eine Polarisierung Öko gegen konventionell sei auf der Grundlage dessen, was im Haushalt stehe, nicht gerechtfertigt und nütze auch niemandem. Das Verständnis dafür, dass die Bereiche weiter so gefördert würden, sei in seiner Fraktion groß. Die Abgeordneten würden zum Teil gefragt, warum in dem Bereich Landwirtschaft nicht so stark gekürzt werde wie in anderen Bereichen, in denen es um 30 % bis 40 % Kürzungen gehe. Abgesehen von der Uralt-Replik "Bio gegen konventionell" sollte man zur Kenntnis nehmen, dass die Landwirtschaft insgesamt in dem Haushaltsentwurf gut wegkomme.

Der Flächenankauf im Naturschutz werde um 25 % reduziert. Eine solche Reduktion müsse man solidarisch akzeptieren, da die Haushaltslage eben so dramatisch sei. Das könne man auch nur ertragen, wenn das im Gesamtgewicht nachher passe und wenn klar sei, dass in besseren Zeiten wieder aufgestockt werden könne.

Felix Becker (FDP) weist die Behauptung zurück, er habe zwischen öko und konventionell polarisiert. Er freue sich doch, dass seitens des Ministeriums diese Polarisierung nicht mehr betrieben werde.

Mit Blick auf die Ankaufspolitik im Naturschutzbereich sollte man auch einmal prüfen, ob das naturschützerische Ziel über das Instrument der Ankaufspolitik überhaupt vernünftig und kostensparend erreicht werden könne.

Irmgard Schmid (SPD) legt dar, es sei versucht worden, einen Haushalt vorzulegen, der den Ansprüchen der verschiedenen Beteiligten gerecht werde. Dass die Naturschützer mit diesem Haushaltsentwurf nicht zufrieden seien, könne sie gut nachvollziehen. Die Ministerin habe bereits erwähnt, wie das zustande gekommen sei.

Sie komme nun auf einen Punkt zu sprechen, zu dem die Fraktionen versuchen wollten, einen Konsens zu erreichen. Es gehe um die massiven Kürzungen in dem relativ kleinen Haushaltstitel Förderung des Kleingartenwesens. Darauf sollte noch einmal das Augenmerk unter dem Aspekt gelegt werden, dass das Kleingartenwesen in der Landesverfassung verankert sei. Der Haushalt dürfe nicht dazu beitragen, dass das Ganze zum Erliegen komme. Sie bitte, bis zur abschließenden Beratung einen Weg zu suchen, der diesem Anliegen gerecht werde.

Ministerin Bärbel Höhn kommt zunächst auf die regionale Vermarktung zu sprechen. Verschiedene Untersuchungen hätten festgestellt, dass die regionale Vermarktung massiv voran-

gekommen sei. In Nordrhein-Westfalen habe die regionale Vermarktung eigentlich keine Tradition - im Gegensatz zum Bayern, Baden-Württemberg. Nach den vorliegenden Untersuchungen nehme Nordrhein-Westfalen mittlerweile den zweiten Platz hinter Bayern ein. Die Untersuchung komme übrigens aus Bayern selber. Der Aufholbedarf in Nordrhein-Westfalen sei groß gewesen.

Zunehmend gebe es richtig gut laufende Initiativen wie z. B. "bergisch pur" oder das "Eifelrind", die "Bergweide Sauerland", "Senne Original", die "Märkischer Landmarkt" oder der "Mühlengarten", bei dem es zeitweise Probleme beim Rindfleisch gegeben habe. Die Initiativen seien in der Region selber, in der kommunalen Verwaltung verankert. Mittlerweile sei da viel aufgebaut worden. Nach einer Anlaufzeit könne man mit dem, was in der regionalen Vermarktung passiere, zufrieden sein. Die Bauern hätten dadurch mehr Gelder zur Verfügung.

Der Anteil, den Nordrhein-Westfalen an bestimmten Töpfen habe, habe sie erhöhen können. Insgesamt fließe mehr Geld nach Nordrhein-Westfalen. Die für die Landwirte vorteilhafte Regelung bestehe weiter, dass EU-Maßnahmen und GA-Maßnahmen nicht gekürzt würden. Die Einnahmen der Bauern würden genau über diese Töpfe gespeist. Von daher seien sie von den massiven Kürzungen ausgenommen, übrigens anders als in anderen Bundesländern, die ihre Gelder aus der Gemeinschaftsaufgabe und EU-Programmen nicht mehr voll bedienen könnten.

Bei der Gemeinschaftsaufgabe habe der Anteil von Nordrhein-Westfalen 5,5 % betragen, was für ein derartig großes Land nicht angemessen sei. Jetzt liege NRW bei 6,6 %, was immer noch nicht ausreiche. Bei der zweiten Säule habe NRW bei 5,1 % gelegen. Die beiden südlichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg hätten zusammen 55 % bekommen. Jetzt liege NRW bei 5,8 %. Das sei wirklich nicht gerecht verteilt. Real bekämen die Bauern in NRW, wie gesagt, mehr Geld als in den letzten Jahren.

Es sei beabsichtigt, eine Offensive auf der Verbraucherseite zu starten. Die Bauern klagten zu Recht, dass der Wert der Lebensmittel bei den Verbrauchern zu wenig gesehen werde. Beim Auto schaue jeder aufs Preis-Leistungs-Verhältnis, bei der Waschmaschine vielleicht auch. Bei den Nahrungsmitteln gucke jeder nach den Sonderangeboten. Wenn man daran etwas ändern wolle, dann hilfene dabei keine Sonntagsreden. Dann brauche man eine Kampagne, um den Wert der Lebensmittel stärker hervorzuheben, den Wert, den gesunde Nahrung für den eigenen Körper habe. Sie unterstütze die Bauern darin, dass sie eine Landwirtschaft betreiben könnten, die mit Wasserschutz und Naturschutz zu vereinbaren sei.

Zum anderen müsse beim Verbraucher für den Wert der Lebensmittel geworben werden. Die Verbraucherzentrale sei mit dieser Kampagne beauftragt worden. Dafür stünden 1,65 Millionen € für vier Jahre zur Verfügung. Das sei viel zu wenig Geld für einen so wichtigen Punkt. Gesundheitskosten könnten an vielen Punkten zurückgefahren werden, wenn sich die Menschen vernünftiger und besser ernähren würden.

Vorbeugender Gesundheitsschutz heiße für sie gesunde Ernährung, Bewegung und Optimismus. Wenn man diese drei Säulen beachte, sei man mit seiner Gesundheit gut aufgestellt. Die Ernährung, die in ihr Ressort falle, solle mithilfe einer Kampagne in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gerückt werden. Der Wert gesunder Ernährung stehe dabei im Mittel-

punkt. Diese Kampagne werde am Ende wieder den Bauern nutzen. Sie sei aber auch sehr wichtig für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Zu dem Punkt Kleingärten: Der Haushalt liege in der Hand der Abgeordneten. Die SPD habe Fraktionsberatungen durchgeführt. Jede Fraktion habe die Möglichkeit, jeden Haushaltstitel aufzustocken. Das geschehe an anderen Stellen auch. Die SPD-Fraktion habe zu diesem Punkt keinen Antrag gestellt.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wir reden doch jetzt über den Entwurf der Landesregierung! Wir sind noch in den Haushaltsberatungen!)

Wenn Frau Schmid sie frage, ob sie an dieser Stelle nicht aufstocken könne, antworte sie, der Haushalt liege jetzt in der Hand der Fraktionen. Die SPD habe natürlich die Möglichkeit, diese Position aufzustocken. Sie habe auch andere Positionen aufgestockt, und zwar zulasten ihres Haushaltes. Sie habe für andere Positionen in anderen Ressorts Geld abtreten müssen, weil die SPD da ihre Prioritäten gesetzt habe. Sie bitte, Fragen wie "Wie wichtig ist mir der Kleingarten?" in der eigenen Fraktion zu klären. Es sei ihr nicht leicht gefallen, da zu kürzen.

Sie habe mit den Kleingärtnern gesprochen. Ein Aussetzen gehe auch nur für ein Jahr, sicher nicht länger. Es sei dafür gesorgt, dass die Schulungen weiter stattfinden könnten, damit das Kleingartenwesen auch erhalten bleibe. Sie finde es ausgesprochen schade, dass hier gekürzt werden müssen. Das habe ihr sehr wehgetan. Sie wisse, dass die Kleingärtner eine gute Arbeit machten. Offensichtlich habe dies aber nicht in der Priorität der SPD-Fraktion gelegen.

Friedhelm Ortgies (CDU) merkt an, in der Kampagne für gesunde Ernährung finde man Tendenzen, die in eine gewisse Richtung gingen. Nicht alle Bauern seien damit einverstanden.

Zurück zur zweiten Säule: Jetzt sei genau das eingetreten, was er immer befürchtet habe. Das Geld sei den Bauern vor zehn Jahren im Zuge der Ausgleichszahlungen versprochen worden, und zwar für einen sehr langen Zeitraum. Nun werde es abgezogen, soundso viel Prozent würden von Brüssel wieder ausgezahlt. Das Land müsse es vorfinanzieren.

Die Ministerin schmücke sich hier mit fremden Federn. Sie sage, sie hätte den Haushalt aufgestockt, die Landwirte würden mehr Geld bekommen. Im Endeffekt geht es aber um das Geld der Bauern, das ihnen zustehe, das sonst immer direkt auf die Höfe geflossen sei und jetzt nach Gutdünken der Ministerin verteilt werde. Er frage die Ministerin, wie viel Gelder aus der zweiten Säule im kommenden Jahr in den Landeshaushalt flössen.

Reiner Priggen (GRÜNE) kommt auf die AGM zu sprechen. Nach seiner Kenntnis ist die kritische Situation dadurch entstanden, dass seitens Brüssel die Möglichkeiten stark eingeschränkt worden seien, unter denen die AGM Werbung machen dürfe. Er frage, ob Initiativen wie "bergisch pur" oder das "Eifelrind" aus Sicht Brüssels gegenüber ausländischen Produkten wettbewerbsschädigend und deshalb verboten seien.

Irmgard Schmid (SPD) hält fest, die Haushaltsberatung sei mit dem heutigen Tag nicht abgeschlossen.

Zur Belastung der Landwirtschaft: Nun müsse man sehen, wie viel Mittel in den konventionellen Bereich unter anderem in Extensivierungsmaßnahmen flössen. Eventuell wäre das ein Punkt, über den man in der gegenwärtigen Haushaltslage nachdenken sollte. Die strukturellen Mittel, die bis zu 80 % vorfinanziert würden, stünden im Haushalt. Hier sehe sie ein Einsparpotenzial.

Bei den Nahrungsmitteln müsse sicher das Augenmerk darauf gelegt werden, dass zum Verzehr gesunde Nahrungsmittel zur Verfügung stünden. Gleichzeitig müsse man immer die Wettbewerbssituation der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft im Auge haben. Das werde breit diskutiert. Da werde es sicherlich einen Konsens geben.

Eckhard Uhlenberg (CDU) betont, wenn Abgeordnete Nachfragen zum ökologischen Landbau, auch mit Blick auf die Größenordnung der finanziellen Förderung stellten, habe das nichts mit einem Konflikt zwischen konventioneller Landwirtschaft und dem ökologischen Landbau zu tun. Im Kern gehe es um die Angemessenheit der finanziellen Förderung und nicht mehr. In Haushaltsberatungen müsse es doch gestattet sein, solche Probleme auf den Prüfstand zu stellen.

Zur Situation der Landwirtschaftskammern bzw. der künftigen Landwirtschaftskammer: Die beiden Landwirtschaftskammern hätten in den Jahre von 1995 und 2002 bereits 14 Millionen € eingespart. 350 Stellen seien abgebaut worden. In den letzten zehn Jahren einschließlich 2001 seien im Landeshaushalt 71 Millionen DM für beide Kammern veranschlagt worden. 2002 sei eine Kürzung von 61 Millionen auf 51 Millionen DM bzw. 36 Millionen € erfolgt. 2003 werde jetzt wiederum eine Kürzung von 51 Millionen DM auf 26 Millionen DM vorgenommen.

Bei den Ausgaben der Landwirtschaftskammern handele es sich zu zwei Dritteln um Personalausgaben. Ihn interessiere, wie die Kammern zukünftig, ob getrennt oder gemeinsam, überhaupt noch arbeiten sollten. Herr Uhlenberg fragt die Ministerin, ob die Landesregierung ein Konzept habe, wie diese Kürzungen angesichts des Personalblocks realisiert werden sollten und ob sie mit dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer abgestimmt worden sei.

Die Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen seien eine wichtige Einrichtung auch mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. Es sei falsch, sie mit den großen Kürzungen ausbluten zu lassen, die nun vorgenommen werden sollten.

Zu einem anderen Thema, der Energieversorgung der landeseigenen Gebäude, speziell dem Umweltministerium: In der Zeitung habe er gelesen, dass insbesondere französischer Atomstrom zur Beheizung des Umweltministeriums eingesetzt werde. Entsprechende Verträge seien angeblich abgeschlossen worden. Der Redner erkundigt sich, ob die Ministerin es für richtig halte, dass die Beheizung ihres Büros mithilfe von Atomstrom erfolge und ob sie mit der Art der Ausschreibung einverstanden sei. Zudem interessiere ihn die Höhe der Einsparungen im Umweltministerium angesichts der Tatsache, dass zukünftig auf regenerative Energien im Ministerium verzichtet und dafür französischer Atomstrom benutzt werde.

Ministerin Bärbel Höhn erwidert, auf dem Dach des Ministeriums befinde sich eine Solaranlage, die sicherlich ausreiche, um ihr Büro zu heizen.

Sie habe allerdings auch ein Problem mit der Angelegenheit. Sie sei damit nicht zufrieden. Diese Entscheidung sei nicht in ihr Ressort gefallen, weil die Zuständigkeit an dem Punkt zentralisiert worden sei, damit es zu besseren Verträgen komme. Die Wahl des Energielieferanten müsse natürlich auch ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechen. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geht es immer darum, Nordrhein-Westfalen zu stärken. Während der laufenden Beratungen habe sie für ein anderes Vorgehen innerhalb der Landesregierung plädiert.

Zu den Landwirtschaftskammern: Die Kürzungen seien natürlich hart. Sie seien mit den Präsidenten abgesprochen worden. Diese hätten sie zähneknirschend akzeptiert. Wenn das Land mittlerweile Immobilien verscherbele und an das Tafelsilber herangehe, müsse man so etwas leider auch von den Landwirtschaftskammern verlangen. Es gehe nicht an, dass sie eine Menge Rücklagen hätten, das Land immer nur Zuschüsse gebe und alle Rücklagen auflöse. Auch für die Landwirtschaftskammern gelte, dass sie entsprechende Sparmaßnahmen mittragen müssten. Das hätten sie letzten Endes auch akzeptiert. Der Haushaltsentwurf werde in die Kammern mit dem Ziel der Zustimmung eingebracht.

Das Argument, es gehe um das Geld der Bauern und die zweite Säule stehe den Bauern zu, habe folgende Schlagseite: Auf EU-Ebene gebe es zwei Finanzierungssäulen, nämlich die erste und die zweite Säule. Die erste Säule sei ein Ausgleich für die geringen Preise, die die Bauern pro Hektar und pro Viehzahl bekämen. Die zweite Säule seien Gelder für erbrachte Leistungen für die Gesellschaft im Rahmen von Vertragsnaturschutzmaßnahmen, Agrarumweltmaßnahmen usw., also für den Erhalt der Kulturlandschaft.

Herr Fischler habe klug gehandelt, diese zweite Säule aufzubauen und zu stärken. Jeder, der Ahnung von der EU-Politik habe, wisse, dass die erste Säule im Rahmen der EU-Ost-Erweiterung massiv gefährdet sei. Es gehe um die Frage, was man sich noch leisten könne. Die Gesellschaft, die Steuerzahler, zahlten in die EU ein. Jetzt fragten alle, ob es überhaupt noch Sinn mache, einen Direktausgleich nur für die Fläche und nur für die Viehzahl vorzunehmen, ohne dass die Gesellschaft selber davon profitiere. Die Gelder der ersten Säule seien, wie gesagt, massiv gefährdet. Das wisse Herr Fischler. Er versuche seit Jahren, die zweite Säule zu stärken, um damit auch Gelder für die Bauern zu bewahren.

Anders als die erste Säule gelte übrigens für die zweite Säule, dass die Gelder von den Nationalstaaten oder von den Ländern kofinanziert werden müssten. Am Ende bekämen die Bauern nicht nur das Geld aus der zweiten Säule, sondern auch die Kofinanzierung, die die Vertragspartner draufpacken müssten. In Nordrhein-Westfalen gebe es darüber hinaus noch mehr Geld, weil die Anteile an den von ihr erwähnten Töpfen erhöht worden seien.

Die 30 % stimmten nicht ganz exakt. Vor der AGENDA 2000 hätten in diesem Bereich 18 Millionen € mit GA- und EU-Mitteln zur Verfügung gestanden, jetzt seien es 120 Millionen €. Damit hätten die Bauern ungefähr 80 Millionen € seit 1999 mehr. Da bedeute, dass es den Bauern real in Nordrhein-Westfalen besser gehe, obwohl die wirtschaftliche Situation in anderen Bereichen dazu führt, dass einfach gekürzt werden müsse. Den Bauern

stehe real dieses Geld mehr zur Verfügung. - "Wofür denn?", fragt **Eckhard Uhlenberg (CDU)** dazwischen.

Für Umweltmaßnahmen, für Vertragsnaturschutzmaßnahmen, für die zweite Säule, antwortet **Ministerin Bärbel Höhn**. Da gebe es mehr Einnahmemöglichkeiten. Jeder Experte wisse, dass die erste Säule wegbrechen werde. Wenn man keine Anstrengungen unternehmen würde, um die zweite Säule zu stärken, würde die erste Säule ohne Kompensation wegbrechen. Das wäre ein Desaster.

Herr Fischler sei kein Grüner, er sei ein Konservativer. Er habe genau erkannt, wie man das wirtschaftliche Überleben der Bauern sichern könne, und zwar dadurch, dass man die zweite Säule stärke. Es gebe ein klares Bündnis über die Parteien hinweg, da es das Überleben der Bauern in der Zukunft sichere. Das betreffe im Übrigen auch nicht die Positionen, mit denen Land angekauft werde. Mit diesen Geldern werde der Landwirt dafür belohnt, dass er eine Anbauweise betreibe, die die Artenvielfalt erhalte oder den Wasserschutz verbessere. Die Landnutzung werde mit dem Schutz der verschiedenen Ressourcen in Einklang gebracht. Diesen Weg gehe man mit der zweiten Säule.

Die Diskussion um die erste und zweite Säule sei existenziell. Es gehe um eine Grundfrage, die geklärt werden müsse, um die Zukunftsfähigkeit der Bauern zu bewahren. Sie plädiere dafür, diesen Weg zu stärken, damit man den Bauern nicht die Zukunft abgrabe.

Zur AGM: Die EU habe gesagt, man dürfe eine Werbung "aus deutschen Landen frisch auf den Tisch" nicht machen, weil deutsche Produkte damit automatisch, ohne dass sie eine zusätzliche Qualität erfüllten, positiv herausgestellt würden. Das sei eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber den anderen und nicht erlaubt.

Wenn man allerdings für regionale Produkte mit einer zusätzlichen Qualität Werbung mache, sei das möglich. Der Ansatz, Produkte aus der Region mit einer zusätzlichen Qualität zu versehen, sei von der EU bestätigt worden. Unabhängig davon, dass Fördermittel in diesen Bereich flössen, sage die EU, für diese Regionalprodukte dürfe man nur außerhalb der Region werben. Auch wenn das verrückt klinge, sei zu fragen, wie man damit umgehen wolle.

Ihrer Meinung nach kann man damit gut umgehen. Man könne die Werbung innerhalb der Regionen mit den Betroffenen machen, ohne dafür zusätzliche EU-Mittel zu nehmen. Natürlich könne man außerhalb der Regionen werben. "Bergisch pur" sei doch auch für Köln interessant. Da die hiesigen Regionen so klein seien, könne man mit dieser Vorgabe leben.

Die AGM habe die Chancen leider nicht erkannt und habe nur beklagt, dass ihr Konzept nicht passe. Sie hätte innovativer mit diesen Vorgaben der EU umgehen sollen. Wenn man die Vorgaben nicht beachte, bekomme man Vertragsverletzungsverfahren, die äußerst teuer seien. Die AGM habe an dem Punkt nicht optimal agiert.

Die Situation sei sicher schwierig. Es werde aber versucht, mit den Betroffenen zu einer Regelung zu kommen, die auf der einen Seite die Vorgaben der EU akzeptiere und respektiere, die auf der anderen Seite Chancen für das Konzept eröffne.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
27. Sitzung (öffentlich)

14.11.2002
sd-beh

Urban-Josef Jülich (CDU) kommt auf die Aussage zurück, die Bauern in Nordrhein-Westfalen hätten real mehr Geld zu Verfügung. Wenn die Ministerin von 40 Millionen Mehreinnahmen spreche, so wüsste er gerne, wie die sich verteilten. Die Maßnahmen zielten auf marktstrukturelle Verbesserungen ab, nicht aber direkt auf die Einkommenssituation.

Die Ministerin sage, die Landwirte müssten ihren Tribut zahlen, um die Osterweiterung zu stabilisieren. Durch die Importe aus den südeuropäischen Ländern hätten die Preise weiter gelitten. Während der Zuckerrübenerte müssten Preisverluste hingenommen werden, nur weil kroatischer Zucker ungehemmt nach Deutschland fließe. Diese Zusammenhänge müsse man bei der Einkommenssituation der Landwirte berücksichtigen.

Zu den Kammern: Die Ministerin habe von einem Einvernehmen mit den Präsidenten gesprochen. Die Hauptversammlung werde noch stattfinden. Auch angesichts der Haushaltszwänge und einer 10%igen Kürzung des Gesamthaushaltes betrage die Kürzung bei den Kammern 40 %. Hier sei kräftig zugelangt worden, obwohl die Kammern erhebliche Vorleistungen erbracht hätten. Eine Fusion verlaufe auch nicht kostenneutral.

Reinhold Sendker (CDU) geht davon aus, dass der Haushalt auf Kosten der zweiten Säule eingespart werde. Er bitte um eine Klarstellung. Da müsse doch eigentlich eine Erhöhung um 40 Millionen stattfinden.

Mit Blick auf das Kleingartenwesen habe die CDU-Fraktion einen Antrag vorbereitet, damit die Ansätze angemessen blieben. Das Kleingartenwesen habe in der Landesverfassung einen hohen Stellenwert. Es werde hier viel für die Allgemeinheit geleistet. Der Ministerin sei es schwer gefallen, die Rückführung vorzunehmen. Er habe festgestellt, dass es um etwa 60 % Reduzierung gehe. Einer solchen Kürzung werde seine Fraktion beim besten Willen nicht beipflichten können. Auch in Zeiten schwieriger Kassenlage müsse man gerade bei solchen Funktionen für die Allgemeinheit sehen, dass Haushaltsansätze in angemessener Weise weitergeführt würden.

Irmgard Schmid (SPD) merkt an, 75 % der aktiven Landwirte, die für die CDU-Fraktion im Ausschuss saßen, hätten ihre Betriebe auf Bördestandorten. Sie bitte, den Blick auf die grünen Landregionen zu richten. Die Landwirte profitierten definitiv von diesen Agrarumweltmaßnahmen, und zwar nicht nur die aktiven Landwirte. Über die Pachtpreise sei es auch zu einer zusätzlichen Altersabsicherung gekommen. Gewaltige Summen gingen in diesen Bereich, was von den betroffenen Betrieben in Anspruch genommen werde. Wenn man sehe, was auf welchen Böden produziert werde, komme man zu einer differenzierten Bewertung. Die Grenzstandorte in den Mittelgebirgsregionen bekämen eine entsprechende Förderung. Die Milchviehbetriebe müssten eine Zukunft haben.

Zum Thema regenerative Energien: Biogasanlagen würden aus dem REN-Programm gefördert. In einem der Wochenblätter habe sie gelesen, dass im grenznahen Bereich zu den Niederlanden Biogasanlagen geplant seien, in denen im größeren Umfang holländische Gülle verwertet werden solle. Sie bitte, das unter dem Aspekt Einspeisegesetz einmal darzustellen. Auch frage sie, wie sich das mit den verschiedenen Problemen in den Regionen vereinbaren lasse und ob per Erlass geregelt werden könne, wer die Biogasanlagen mit welchen Materialien beschrifte.

Ziel sei es, dass die Landwirte davon profitieren sollten, dass es zu einer weiteren Stärkung komme. Sie wäre dankbar, wenn dem Ausschuss Hintergrundinformationen übermittelt würden.

Felix Becker (FDP) kommt auf die EU-Agrarhaushaltspolitik zurück. Nach seinen Informationen nehme die EU-Agrarpolitik 1 % des Aufwandes eines durchschnittlichen EU-Steuerzahlers in Anspruch. Das stelle die Relation etwas anders dar.

(**Ministerin Bärbel Höhn** : Über 50 % des EU-Haushaltes besteht aus Agrarmaßnahmen!)

Eckhard Uhlenberg (CDU) ist darüber enttäuscht, dass die Ministerin das Argument "über 50 %" auch verwende. Er erinnere an die Entwicklung der Europäischen Union. Nur wenige Politikbereiche seien auf europäischer Ebene zusammengefasst worden. Nun führten alle Gegner der Landwirtschaft und der Agrarpolitik das Argument an, dass über 50 % aller Mittel in den Agrarhaushalt flössen. Dass eine Landwirtschaftsministerin dieses Argument inzwischen auch benutzte, um Stimmung gegen die Landwirtschaft zu machen, bedauere er sehr. Da sollte man doch Ursprung und Wirklichkeit in Übereinstimmung bringen und fragen, wie so die Landwirtschaft 50 % ausmache, während alle anderen Politikbereiche Verteidigungspolitik, Sozialpolitik und andere in den nationalen Haushalten aufgehoben blieben. Eventuell könne man sich auch im Plenum über dieses Thema austauschen, auch was die Frage Modulation angehe.

Frau Schmid habe gerade den Unterschied zwischen so genannten Bördebauern und Grünlandbauern vorgenommen. Die Liebe zu den Grünlandbauern hätte er bei der SPD-Fraktion gerne entdeckt, als seine Fraktion konkret die Anträge zum Thema BSE gestellt habe, in denen es um eine Entlastung der Grünlandbauern in Zusammenhang mit den sinkenden Rindfleischpreisen gegangen sei. Damals seien alle CDU-Anträge abgelehnt worden, die den Landwirten auf den Grünlandstandorten sehr geholfen hätten.

Die zusätzlichen Mittel finde man beispielsweise bei der Aufstockung der zweiten Säule, die in dem Haushaltsansatz um 3,3 Millionen aufgestockt worden sei, beginnt **Ministerin Bärbel Höhn** ihre Ausführungen. Man finde sie bei der Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstrukturen und Küstenschutz", die um 4 Millionen € aufgestockt worden sei. Die 14 Millionen kämen ja nicht von einem Jahr auf das andere, sondern seien in den Jahren hinzugekommen.

In anderen Bereich habe man so massiv abbauen müssen, dass es am Ende zu einer Senkung gekommen sei. Die Vertreter der CDU-Fraktion beschwerten sich immer über diese Agrarpolitik. Die Einzelnen, die mehr bekämen, seien doch die Landwirte. Wenn man sich noch lange beschwere, werde das Finanzministerium irgendwann einmal kommen und genau das machen, was der Finanzminister in Niedersachsen und anderswo mache, nämlich zu kürzen.

Die CDU-Vertreter, allen voran Herr Uhlenberg, sagten immer, es werde zu wenig gemacht. Darüber ärgere sie sich. Er sei doch der "Totengräber" dieser zusätzlichen Mittel. Sie halte dieses Vorgehen für sehr gefährlich. Die Gefahr bestehe, dass der Finanzminister beim nächs-

ten Mal die Mittel kürze, da die Landwirte das doch gar nicht zur Kenntnis nähmen. Mit solchen Behauptungen schade man am Ende den Landwirten.

Mit Blick auf die die EU-Erweiterung werde zunächst immer der größte Ansatz, der Agrarhaushalt, betrachtet. Das seien doch die 50 %. Es sei doch blauäugig zu meinen, dass niemand darüber nachdenken würde. Wenn Schröder mit Chirac rede, redeten sie genau darüber. Das stehe in jeder Zeitung. Genau das werde momentan angegriffen. - "Ich erwarte, dass Sie das richtig stellen!", wirft **Eckhard Uhlenberg (CDU)** ein.

Er erwarte doch wohl, dass man in Fachkreisen genau sehe, worum es gehe und dass man sich gemeinsam überlege, wie man das Geld für die Landwirte retten könne, entgegnet **Ministerin Bärbel Höhn**. Wenn sie die Augen zumachen, rette sie gar nichts. Unter Fachleuten sollte man sehr wohl sagen dürfen, worum es gehe und worüber alle Leute auf EU-Ebene redeten. Hier müsse man doch über die Konzepte reden, wie man die Gelder für die Landwirte retten wolle.

Wenn man diese Gelder zurückfahre, müssten die Bauern aufgeben, und zwar noch viel stärker als in der Vergangenheit. Es müsse im Interesse des Landes liegen, Konzepte zu entwickeln, damit das nicht so stark passiere.

Zu den Biogasanlagen: Die Flächenbindung bedrücke die Landwirte, weil sie zu Problemen führe. Des Weiteren werde genau festgelegt, was in eine Biogasanlage hinein dürfe, damit keine Abfälle hineinkämen und damit nicht das passiere, was in Bayern passiert sei, dass ein Landwirt nämlich Chemikalien auf seinem Acker entsorgt habe. Der dritte Punkt sei die Privilegierung. Es müsse garantiert sein, das ungefähr 50 % an den eigenen Hof zurückgingen. Das Ganze sei eingeschränkt und bleibe dezentral. Mehr Möglichkeiten sehe sie nicht.

Auf der anderen Seite könne man bestimmte Grenzüberschreitungen nicht verhindern. Einen Ausschluss werde es nicht geben können, insbesondere weil die EU gesagt habe, dass das Erneuerbare Energiengesetz auch die Möglichkeit der Nutzung von außen biete.

Eckhard Uhlenberg (CDU) hält fest, Kollege Ortgies habe sich nach Zahlen erkundigt und danach, wie sich die Erhöhung im Haushalt auswirke. Das müsse im Rahmen der Haushaltsplanberatung möglich sein.

Auch müsse es möglich sein, dass es im Bereich der Agrarpolitik trotz des Drucks der Osterweiterung weiterhin unterschiedliche agrarpolitische Konzepte gebe. Die gebe es auch in der Agrarpolitik z. B. zwischen der Bundesregierung in Berlin und der französischen Regierung. In der französischen Agrarpolitik stehe der konventionell wirtschaftende landwirtschaftliche Betrieb im Mittelpunkt. Das könne man schon an der Frage Modulation deutlich machen, bei der die Franzosen zurzeit sagten, sie setzten die Modulation aus, während die deutsche Bundesregierung das in den nächsten Jahren bis auf 20 % erhöhen werde.

Was die konkrete Situation der landwirtschaftlichen Betriebe angehe, so werde es bei den Betrieben, die Nahrungsmittel erzeugten, und Betrieben, die immer mehr aus der Nahrungproduktion hinaus genommen würden, große Veränderungen geben. Da müsse man auch ak-

zeptieren, dass es unterschiedliche Ansätze gebe, über welchen Weg die Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleibe.

Wenn die Ministerin schon vom Totengräber der Landwirtschaft spreche, dann erinnere er sie daran, dass aufgrund der Steuerbeschlüsse der Landesregierung allein 20 % der Steuerhöhungen im Bereich Landwirtschaft vorgenommen würden. Es wäre sicher angebracht gewesen, wenn eine Landwirtschaftsministerin, die sich seit einigen Jahren im Amt befinde, versucht hätte, das Schlimmste zu verhindern.

Irmgard Schmid (SPD) bittet sich vor Augen zu führen, wie in der Gesellschaft diskutiert werde. Sie gehe davon aus, dass sich alle Männer und Frauen in dieser Runde für die Landwirtschaft einsetzen würden. In der Öffentlichkeit, in der städtischen Bevölkerung werde viel über Subventionen diskutiert.

Im Bergbau werde von Subventionen geredet, die zurückgeführt werden müssten. Das, was für den Berufsstand gemacht werde, diene dazu, die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft zu erhalten. Das sei das Ziel aller.

Eine Forderung überall ziele darauf, Subventionen abzubauen. In der Landwirtschaft sage man immer, es seien Beihilfe, Einkommensalternativen. Wenn man das so diskutiere, werde man die Interessen nicht mehr so schützen können, wie das bisher der Fall gewesen sei. Sicher werde es Veränderungen geben müssen. Man könne über den Weg streiten, auch über verschiedenen Programme, um der Landwirtschaft zu helfen.

2 Existenz des nordrhein-westfälischen Obst- und Gemüseanbaus durch neues Pflanzenschutzrecht gefährdet

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2284

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, dass ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vorliege.

Felix Becker (FDP) schlägt vor, über diesen gemeinsamen Antrag abzustimmen.

Irmgard Schmid (SPD) erklärt, die Koalitionsfraktionen hätten sich bemüht, etwas Ausgewogenes zu Papier zu bringen. Zwischen dem Ministerium und den Gartenbauverbänden gebe es ein harmonisches Zusammenwirken, das zukunftsgerichtet sei. In der letzten Woche sei Präsident Werner, der Gartenbaupräsident des Rheinlandes, verabschiedet worden.

Urban-Josef Jülich (CDU) betont, das Ministerium habe die Indikationslösung im Interesse der Produktion positiv begleitet. Die Frage der Rückstandshilfsmengenverordnung und die Indikationslösung müssten offensiv weiterverfolgt werden, damit die Produktion in der Form weiter betrieben werden könne.

Antrag

Neues Pflanzenschutzrecht: Anbau für nordrhein-westfälischen Obst- und Gemüseanbau in der Übergangsphase sichern

I.

Die EU-Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln 91/414/EWG sieht für alle Mitgliedsstaaten einheitlich die „Indikationszulassung“ bei Pflanzenschutzmitteln vor. Jeder Anwendungsbereich eines Pflanzenschutzmittels muss amtlich zugelassen und in der Gebrauchsanweisung ausdrücklich erwähnt oder von der zuständigen Behörde genehmigt sein. Eine Anwendung außerhalb dieser Indikation ist verboten.

Die Indikationszulassung ist für den vorbeugenden Verbraucherschutz von Bedeutung, da so nach heutigem Kenntnisstand besser sichergestellt werden kann, dass bei sachgerechter und bestimmungsgemäßer Anwendung von Pflanzenschutzmitteln keine Überschreitungen von Rückstandshöchstmengen zu besorgen sind.

Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union galt in Deutschland früher die Inverkehrbringungszulassung. Die Pflanzenschutzmittel konnten unter Beachtung der bestehenden Rechtsvorschriften nach entsprechenden Prüfverfahren auch in anderen Kulturen angewandt werden.

Die Umstellung von der Inverkehrbringungs- auf die Indikationszulassung erfolgte in Deutschland mit dem ersten Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes vom 14. Mai 1998. Die gesetzliche Übergangsfrist ist am 1. Juli 2001 abgelaufen.

II.

Die Landesregierung hat in enger Abstimmung mit dem Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüseanbauer und dem Pflanzenschutzdienst der Landwirtschaftskammern Regelungen getroffen, um in der Übergangsphase der besonderen Situation im nordrhein-westfälischen Obst- und Gemüsebau Rechnung zu tragen und den Anbau der wichtigen Gartenbaukulturen zu sichern.

Die 7. Änderungsverordnung der Rückstandshöchstmengenverordnung wurde am 26. April 2002 vom Bundesrat verabschiedet. Sie kann jedoch formell noch nicht in Kraft treten, da Spanien unter Wahrung der Fristen durch eine begründete Stellungnahme mit aufschiebender Wirkung eine Notifizierung durch die EU-Kommission verhindert hat.

Das Land NRW hat als erstes Bundesland per Erlass die vorzeitige Anwendung der 7. Änderungsverordnung ermöglicht und auf diese Weise eine termingerechte Schliessung wichtiger Indikationslücken im Obst- und Gemüsebau ermöglicht. Für diese flexible Handlungsweise hat sich der Provinzialverband ausdrücklich bedankt.

Das ^{MVCC ✓}Umweltministerium hat darüber hinaus die finanzielle Unterstützung bei Untersuchungen zur Schließung von Indikationslücken durch eine Projektförderung bis Ende 2003 gesichert.

III.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Betriebe der Landwirtschaft und des Gartenbaus, die in der Übergangsphase in Einzelkulturen Probleme haben, weiter zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass

- die 7. Änderungsverordnung der Rückstandshöchstmengenverordnung so bald wie möglich Inkrafttreten kann,
- die 8. Änderungsverordnung der Rückstandshöchstmengenverordnung vor Beginn der nächsten Vegetationsperiode verabschiedet werden kann, bzw. bei ~~deren Verzögerung die Werte der 8. Änderungsverordnung per Erlass zur Grundlage des Verwaltungshandelns gemacht werden,~~ *praxisch verfahren wird*
- die Festlegung von Rückstandshöchstmengen bei Lückenindikationen beschleunigt wird,
- mittelfristig Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln aus anderen EU-Regionen mit vergleichbaren Bedingungen gemäß den Regelungen des Pflanzenschutzgesetzes anerkannt und für die Bundesrepublik übernommen werden können und
- die finanzielle Unterstützung der Schließung von Indikationslücken durch den Bund und das Land fortgesetzt werden.